

Die Initiative der Jungen Grünen auf einen Blick

Die wichtigsten Fragen und Antworten zur Umweltverantwortungsinitiative, über die im Februar abgestimmt wird.

Lea Hartmann, Doris Kleck

Worum geht es bei der Initiative?

Die Umweltverantwortungsinitiative fordert, dass die Schweizer Wirtschaft nur noch so viele Ressourcen verbrauchen und Schadstoffe freisetzen darf, wie das die Natur verkraftet. Es geht aber auch um den Konsum. Konkret müsste die Politik die Produktion und den Import von Waren innerhalb von zehn Jahren nach Annahme der Initiative so stark einschränken, dass die Schweiz die sogenannten planetaren Belastungsgrenzen nicht mehr überschreitet. Dabei handelt es sich um eine von internationalen Forschenden entwickelte Messgrösse, die aufzeigt, ab welchem Punkt die Umweltbelastung bleibenden Schaden hinterlässt und die Lebensgrundlagen gefährdet. Der Initiativtext hält auch fest, dass die getroffenen Massnahmen «sozialverträglich» sein müssten.

Wer steht hinter der Initiative?

Eingereicht haben die Initiative die Jungen Grünen vor knapp zwei Jahren. Das Volksbegehren habe eine Zukunft zum Ziel, «in der alle Menschen ein gutes Leben führen können», so die Jungpartei. Dazu gehörten lokale Lebensmittel, eine intakte Umwelt, existenzsichernde Arbeitsplätze «und mehr Zeit für Gemeinschaft statt Stress». Dem Unterstützungskomitee



Die Jungen Grünen wollen die Wirtschaft umbauen.

Bild: Keystone

der Initiative gehört die Mutterpartei an sowie SP, EVP und zahlreiche Umweltorganisationen.

Wie steht die Schweiz denn heute in Sachen Umweltbelastung da?

Der ökologische Fussabdruck der Schweiz ist heute unbestritten zu hoch. Sie überschreitet, gemessen am Bevölkerungsanteil, in mehreren Bereichen die planetaren Belastungsgrenzen – und zwar massiv, wie Zahlen des Bundes zeigen. 2021 beliefen sich die Treibhausgas-Emissionen pro Kopf und Jahr beispielsweise auf rund 13 Tonnen CO₂-Äquivalente, Importe miteingerechnet. Laut dem Bundesamt für Umwelt dürften es unter Berücksichtigung der planetaren Grenzen nicht mehr als 0,6 Tonnen sein.

Auch in Sachen Biodiversität oder Stickstoffbelastung müsste die Schweiz grosse Anstrengungen unternehmen, um die Ziele zu erreichen. Die Gesamt-Umweltbelastung müsste laut einer Studie, die im Auftrag des Bundes erstellt worden ist, um rund zwei Drittel sinken. Am stärksten setzen Wohnen und Essen der Umwelt zu, gefolgt von der Mobilität. In den vergangenen zwanzig Jahren ist der ökologische Fussabdruck bereits deutlich geschrumpft, und zwar um rund ein Viertel. Der Konsum der Schweizerin-

nen und Schweizer belastet vor allem die Umwelt im Ausland, zum Beispiel durch die Produktion von Gütern, die in die Schweiz importiert werden.

Wie konkret soll das Ziel erreicht werden?

Das lässt die Initiative offen. Die konkreten Massnahmen – namentlich neue Vorschriften, Verbote oder Anreize – müsste das Parlament beschliessen. Klar ist, dass es drastische Mittel bräuchte angesichts der kurzen Umsetzungsfrist von zehn Jahren. Der Bundesrat warnt vor «rigorosen Regulierungs- und Anreizmassnahmen», der Einschränkung der Wirtschaftsfreiheit und «weitreichenden gesellschaftlichen Konsequenzen».

Die Initianten streben einen grundsätzlichen Umbau der Wirtschaft an – «weg von Grosskonzernen, die nur für ihren eigenen Profit arbeiten, hin zu mehr Wohl für Mensch und Umwelt». Dieser Umbau erfordere ein mutiges öffentliches Investitionsprogramm: «Wir müssen in ökologische Infrastruktur wie erneuerbare Energie, Fuss- und Velowege investieren.» Zudem brauche es eine Ausbildungsoffensive und die Förderung nachhaltiger Arbeitsplätze. Konkreter werden die Initianten nicht.

Die Gegner der Initiative warnen vor einem Wohlstandsverlust und massiven Preissteigerungen etwa bei Milchprodukten, Fleisch, den Wohn-, Heizungs- oder Mobilitätskosten. Die Ini-

tianten bestreiten dies nicht, schreiben aber dazu, dass diese Perspektive ignoriere, dass durch die Untätigkeit in Bezug auf die Klimakrise weitaus höhere Kosten entstünden.

Was halten Bundesrat und Parlament davon?

Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab. Bundesrat Albert Rösti warnte am Donnerstag an einer Medienkonferenz vor einem weitgehenden Wohlstandsverlust. Ein Ja zur Initiative hätte gravierende Folgen. Der Konsum müsste innerhalb von zehn Jahren um zwei Drittel reduziert werden und Firmen würden ins Ausland abwandern. Zwar forderten die Initianten eine sozialverträgliche Umsetzung, doch die Reduktion des Konsums würde die gesamte Bevölkerung treffen, so Rösti.

Was schlägt der Bundesrat als Alternative vor?

Bundesrat Rösti betont, die Schweiz sei nicht untätig. Sie muss bis 2050 das Netto-Null-Ziel erreichen. Das heisst, dass ab 2050 nicht mehr Treibhausgas in die Atmosphäre ausstossen, als durch natürliche und technische Speicher aufgenommen werden. Zudem hat das Parlament soeben das CO₂-Gesetz revidiert, und die Bevölkerung hat dem Stromgesetz zum Ausbau der erneuerbaren Energien zugestimmt. Ebenfalls verschärft wurde das Umweltschutzgesetz, und die Kreislaufwirtschaft wird vorangetrieben.

Pro und Kontra aus Schaffhausen

Am 9. Februar kommt die Volksinitiative der Jungen Grünen an die Urne. Bei einer Annahme müsste das Parlament die Initiative umsetzen.

Die Initiative fordert, was selbstverständlich sein sollte

Es ist eine Tatsache, die wir nicht mehr ignorieren können: Unsere Bemühungen gegen die Klimakrise sind unzureichend und uns läuft die Zeit davon. Laut dem Bundesamt für Statistik bräuchten wir fast 2,5 Erden, wenn alle Menschen so leben würden wie in der Schweiz. Wir verbrauchen mehr Ressourcen, als die Erde regenerieren kann, und leben auf Kosten zukünftiger Generationen sowie anderer Teile der Welt. Es ist gefährlich, unverantwortlich und egoistisch, einfach so weiterzumachen wie bisher. Bereits jetzt erleben wir die verheerenden Folgen der Klimakrise – Überschwemmungen, Waldbrände und Dürren sind längst Realität. Die Art, wie wir heute wirtschaften, zerstört unsere Lebensgrundlagen. Grosskonzerne maximieren ihre Profite – und zwar auf Kosten der Umwelt und der Gesellschaft. Während diese Konzerne ihre Gewinne steigern, tragen Umwelt und Menschen die

Folgen: Klimakrise, Artensterben und die Verschmutzung von Böden und Gewässern. Eine Studie der ETH Lausanne zeigt, dass die Klimakrise die Schweiz jährlich rund 10 Milliarden Franken kosten könnte. Dies ist alarmierend und zeigt: Die Zeit zu handeln und für einen Kurswechsel ist jetzt – und genau das will die Umweltverantwortungsinitiative. Sie wurde von den Jungen Grünen lanciert und wird von einer breiten Allianz aus SP, Grünen, EVP sowie verschiedenen Klimaschutzorganisationen unterstützt. Sie fordert etwas, das eigentlich selbstverständlich sein sollte: In der Schweiz sollen künftig nicht mehr Ressourcen verbraucht und Schadstoffe freigesetzt werden, als die Natur in der Lage ist, zu erneuern. Damit stellen wir sicher, dass der Umbau unserer Wirtschaft innerhalb der nächsten zehn Jahre ernsthaft in Angriff genommen und sie nachhaltig ausgerichtet wird. Diese Investitionen kommen

uns allen zugute und sichern langfristig unseren Wohlstand. Denn mit was sollen zukünftige Generationen wirtschaften, wenn wir die Ressourcen, die ihnen zustehen, schon heute verbrauchen? Mit einem Ja zur Umweltverantwortungsinitiative setzen wir ein klares Signal: Wir müssen Verantwortung für die Zukunft übernehmen, nachhaltiger wirtschaften und die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen priorisieren. Die Wahl liegt bei uns – lassen wir uns nicht länger von kurzfristigen Interessen leiten, sondern entscheiden wir langfristig und verantwortungsbewusst.



Linda De Ventura
Nationalrätin SP SH

Verantwortung tragen heisst Innovation statt Utopie

Die Initiative fordert innerhalb von 10 Jahren einen radikalen Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Die Schweiz hat seit Anfang 2000 ihre Umweltbelastung um rund 26 Prozent reduziert. Dies mit verschiedenen Massnahmen in der Umwelt- und Klimapolitik, wie zum Beispiel mit dem CO₂-Gesetz, einer sicheren Stromversorgung oder internationalen Abkommen. Alle diese Massnahmen müssen innovativ umgesetzt und finanziert, aber auch von der Bevölkerung getragen werden. Die Initiative fordert nun eine erneute Reduktion von rund 67 Prozent innerhalb von 10 Jahren. Dies würde in den Bereichen Ernährung, Wohnen und Mobilität bedeuten, dass es neben drastischen Preissteigerungen auch massive Einschränkungen geben würde. Gerade ärmere Bevölkerungsschichten wären davon überdurchschnittlich betroffen. Eine solche utopische Forderung kann nicht umgesetzt werden, ohne dass die Bevölke-

rung massiv eingeschränkt wird, die Preise erhöht, kaum mehr Importe zugelassen und der Wohlstand empfindlich reduziert würden. Damit würden auch wichtige Arbeitsplätze, die schliesslich Innovation bedeuten, verloren gehen. Sämtliche weit entwickelten Volkswirtschaften erreichen die von den Initianten geforderten Limiten nicht. Es sind dies einzig sehr arme Länder. Wenn man aber die Wirtschaftlichkeit der Länder betrachtet, merkt man, dass genau die weit entwickelten Volkswirtschaften rund 80-mal besser unterwegs sind. Das bedeutet, dass genau diese Volkswirtschaften entsprechend in Massnahmen zugunsten unserer Umwelt und unserer Ressourcen investieren. Die ärmeren Länder haben kaum Mittel, um in diese Bereiche zu investieren. Die Initiative würde zur Folge haben, dass die nötigen Mittel für Forschung und Entwicklung im Bereich des Umweltschutzes fehlen würden, ganz abgesehen

davon, dass unzählige Arbeitsplätze verschwinden würden. Besser ist es, den bereits eingeleiteten Weg weiter zu gehen, wie er in unserer Bundesverfassung vorgesehen ist. Mit den zum Teil bereits geplanten Massnahmen, wie die Schweizer Kreislaufwirtschaft zu stärken, die strategische Entwicklung 2030, die langfristige Klimastrategie der Landwirtschaft und Ernährung, die zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik und vieles mehr, sind wir bereits auf dem richtigen Weg. Sie können erfolgreich umgesetzt werden und ermöglichen es, den bereits erzielten Fortschritt, in Bezug auf die Reduktion der Umweltbelastung, weiterzuführen.



Thomas Hurter
Nationalrat SVP SH